

C Übersicht über alle Nachrichten



OSCI® ist eine registrierte Marke
der Freien Hansestadt Bremen

In diesem Anhang werden alle Nachrichten – nach Hauptgruppen getrennt – aufgeführt.

Nachrichten der Hauptgruppe fortschreibung		
0001	Ein bisheriger, falscher Wert für das Geschlecht des Betroffenen wird berichtigt. Die Übermittlung von Nachweisdaten ist aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage nicht erlaubt.	Seite 219
0002	Geschlechtsumwandlung. Das Geschlecht des Betroffenen hat sich geändert. Der neue Wert wird mitgeteilt. In der Regel ist dieser Nachricht eine Nachricht 0033 (Vornamensänderung) vorausgegangen. Diese Namensänderung findet üblicherweise weit vor der Geschlechtsumwandlung statt. Die Übermittlung von Nachweisdaten ist aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage nicht erlaubt.	Seite 219
0003	Das bisher gespeicherte Geburtsdatum des Betroffenen ist falsch und muss berichtigt werden. Bei Vorliegen von Nachweisdaten sind diese mit zu übermitteln.	Seite 217
0004	Informationen zum Familienstand des Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden. Vorliegende Nachweisdaten sind zu übermitteln, unabhängig davon, ob sie geändert worden sind oder nicht.	Seite 209
0005	Bei Eintragung einer Sperre bei einer aktuellen Wohnung sind sofort alle aktuellen und inaktuellen Wohnungen über die Einrichtung zu informieren. Bei Eintragung einer Sperre bei einer aktuellen Wohnung aufgrund einer erhaltenen Nachricht 0005 sind alle inaktuellen Wohnungen über die Einrichtung zu informieren.	Seite 229
0006	Die sendende Meldebehörde teilt der adressierten Meldebehörde mit, dass ein Personaldokument in das Melderegister übernommen oder eingetragen worden ist.	Seite 214
0008	Mitgeteilt wird der Beginn einer Partnerschaft (Eheschließung oder Begründung einer Lebenspartnerschaft) des Betroffenen. Die für die Nebenwohnung zuständige Meldebehörde benötigt sowohl den Geschäftsvorfall als auch die Nachweisdaten, um ihr Melderegister entsprechend fortzuschreiben.	Seite 241
0009	Die Partnerschaft (Ehe oder Lebenspartnerschaft) des Betroffenen wurde beendet. Übermittelt wird der neue Familienstand. Nähere Angaben zum Dokument, mit dem das Partnerschaftsende (von einem Gericht oder einer Behörde) belegt wird, sind in den Nachweisdaten zum Element nachweisdaten.partnerschaftsende enthalten.	Seite 243

0011	Der Partner (Ehegatte oder Lebenspartner) des Betroffenen ist verstorben. Übermittelt werden der neue Familienstand und nähere Angaben zum Tod des Partners. Nähere Angaben zum Dokument, mit dem der Tod des Partners belegt wird (Sterbeurkunde) sind in den Nachweisdaten (im Element nachweisdaten.tod.partner) enthalten.	Seite 245
0013	Der Betroffene (ein Kind) wird von den Elternteilen adoptiert. Mit dem Kindelement elternteil sind alle gesetzlichen Vertreter des Kindes nach dem Adoptionsvorgang zu übermitteln. Die für die Nebenwohnung zuständige Meldebehörde benötigt sowohl den Geschäftsvorfall als auch die Nachweisdaten, um ihr Melderegister entsprechend fortzuschreiben. Weitere Änderungen im Zusammenhang mit der Adoption (z. B. Änderungen von Vornamen bzw. Staatsangehörigkeiten) sind mit den dafür vorgesehenen Nachrichten mitzuteilen. Hinweis: In 2007 wird diese Nachricht bzgl. der Übermittlung des Beginndatums <i>und</i> der Nachweisdaten überprüft. – In diesem Zusammenhang wird auch auf den entsprechenden Umsetzungshinweis im Typ type.Nachweisdaten (siehe Abschnitt 1.8.1 auf Seite 84) hingewiesen.	Seite 211
0014	Angaben zum Geburtsort des Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden. Bei Vorliegen von Nachweisdaten sind diese mit zu übermitteln.	Seite 218
0018	Diese Nachricht ist zu verwenden, wenn die Daten des Betroffenen bzgl. der Angaben zu seinem gesetzlichen Vertreter nach § 2 Abs. 1 Nr. 9 MRRG fortgeschrieben worden sind.	Seite 249
0020	Dem Betroffenen wird ein Gesetzlicher Vertreter zugeordnet. Die für die Nebenwohnung zuständige Meldebehörde benötigt sowohl den Geschäftsvorfall als auch die Nachweisdaten, um ihr Melderegister entsprechend fortzuschreiben. Hinweis: In 2007 wird diese Nachricht bzgl. der Übermittlung des Beginndatums <i>und</i> der Nachweisdaten überprüft. – In diesem Zusammenhang wird auch auf den entsprechenden Umsetzungshinweis im Typ type.Nachweisdaten (siehe Abschnitt 1.8.1 auf Seite 84) hingewiesen.	Seite 250
0022	Mit dieser Nachricht wird die gesetzliche Vertretung für den Betroffenen beendet. Die für die Nebenwohnung zuständige Meldebehörde benötigt sowohl den Geschäftsvorfall als auch die Nachweisdaten, um ihr Melderegister entsprechend fortzuschreiben. Hinweis: In 2007 wird diese Nachricht bzgl. der Übermittlung des Endedatums <i>und</i> der Nachweisdaten überprüft. – In diesem Zusammenhang wird auch auf den entsprechenden Umsetzungshinweis im Typ type.Nachweisdaten (siehe Abschnitt 1.8.1 auf Seite 84) hingewiesen.	Seite 251
0023	Informationen zur gesetzlichen Vertretung für den Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden. Hinweis: In 2007 wird diese Nachricht bzgl. der Übermittlung des Beginndatums <i>und</i> der Nachweisdaten überprüft. – In diesem Zusammenhang wird auch auf den entsprechenden Umsetzungshinweis im Typ type.Nachweisdaten (siehe Abschnitt 1.8.1 auf Seite 84) hingewiesen.	Seite 252
0025	Diese Nachricht ist zu verwenden, wenn die Daten des Betroffenen bzgl. der Angaben zu seinem Partner nach § 2 Abs. 1 Nr. 15 MRRG mit der Ausnahme der Angaben zum Sterbetag unabhängig von einer Familienstandsänderung fortgeschrieben worden sind. Muss der Sterbetag korrigiert werden, so ist dieser Sachverhalt über die Nachricht 0071 (dort über das Element datumende des Familienstands) mitzuteilen.	Seite 246

0030	Der bisherige Familienname (ggf. mit Namensbestandteilen) des Betroffenen hat sich geändert. Hinweis: In 2007 wird diese Nachricht bzgl. der Übermittlung des Beginndatums <i>und</i> der Nachweisdaten überprüft. – In diesem Zusammenhang wird auch auf den entsprechenden Umsetzungshinweis im Typ type.Nachweisdaten (siehe Abschnitt 1.8.1 auf Seite 84) hingewiesen.	Seite 220
0031	Der bisher gespeicherte Nachname (Ehe- Lebenspartnerschaft-, Geburts- oder Familienname) des Betroffenen ist falsch, er muss berichtigt werden.	Seite 221
0032	Der vom Familiennamen abweichende Geburtsname des Betroffenen hat sich geändert. Hinweis: In 2007 wird diese Nachricht bzgl. der Übermittlung des Beginndatums <i>und</i> der Nachweisdaten überprüft. – In diesem Zusammenhang wird auch auf den entsprechenden Umsetzungshinweis im Typ type.Nachweisdaten (siehe Abschnitt 1.8.1 auf Seite 84) hingewiesen.	Seite 223
0033	Die Ruf- bzw. Vornamen des Betroffenen haben sich geändert und sind fortzuschreiben . Es müssen sowohl alle alten als auch alle neuen Ruf- und Vornamen des Betroffenen übermittelt werden. Mit der Nachricht wird auch eine Vornamensänderung nach dem Transsexuellengesetz übermittelt. Hinweis: In 2007 wird diese Nachricht bzgl. der Übermittlung des Beginndatums <i>und</i> der Nachweisdaten überprüft. – In diesem Zusammenhang wird auch auf den entsprechenden Umsetzungshinweis im Typ type.Nachweisdaten (siehe Abschnitt 1.8.1 auf Seite 84) hingewiesen.	Seite 224
0034	Die aktuellen Ruf- bzw. Vornamen des Betroffenen waren (teilweise) falsch, sie müssen berichtigt werden. Es werden alle gültigen Ruf- und Vornamen (und nicht nur die berichtigten) übermittelt.	Seite 226
0035	Die sendende Gemeinde teilt mit, dass der Betroffene die letzte Nebenwohnung in einer Gemeinde aufgegeben hat und er somit aus dieser Gemeinde wegzieht. Mit dieser Nachricht kann eine Nebenwohnung sowohl in der sendenden als auch in einer anderen Gemeinde aufgegeben werden. Dabei wird vorausgesetzt, dass der Betroffene vor dem Vorgang in der sendenden Gemeinde eine Wohnung hat und die auswärtige Nebenwohnung in der sendenden Gemeinde bekannt ist.	Seite 204
0036	Mitgeteilt wird der Auszug des Betroffenen aus einer Nebenwohnung. Der Betroffene hat in der Gemeinde, in der die bisher von ihm bewohnte Wohnung liegt, noch weitere Wohnverhältnisse: Damit liegt <i>kein</i> Wegzug aus der Gemeinde vor. Diese Nachricht kann auch benutzt werden, wenn eine Nebenwohnung in einer anderen Gemeinde aufgegeben wird. Dabei wird vorausgesetzt, dass der Betroffene vor dem Vorgang in der sendenden Gemeinde eine Wohnung hat und die auswärtige Nebenwohnung in der sendenden Gemeinde bekannt ist.	Seite 205
0037	Mitgeteilt wird die Einrichtung einer weiteren Nebenwohnung durch den Betroffenen.	Seite 206
0038	Der Betroffene zieht innerhalb der sendenden Gemeinde um. Dabei ändert sich der Wohnungsstatus nicht. Mit dieser Nachricht ist auch der Nebenwohnungsumzug möglich.	Seite 206
0039	Mit dieser Nachricht wird ein Statuswechsel innerhalb einer Gemeinde mitgeteilt. Übermittelt wird die Wohnung, die durch den Statuswechsel zur Hauptwohnung wird. Die bisherige Hauptwohnung wird (ohne Übermittlung der Wohnungsdaten) entweder zur Nebenwohnung oder abgemeldet. Der neue Status wird an die weiteren Wohnungen übermittelt.	Seite 207
0040	Mit dieser Nachricht wird mitgeteilt, dass der Betroffene verstorben ist.	Seite 236

0041	Die sendende Gemeinde teilt mit, dass die Nebenwohnung des Betroffenen von Amts wegen abgemeldet worden ist. Soll eine Hauptwohnung von Amts wegen abgemeldet werden, so ist eine Nachricht 0199 zu verwenden.	Seite 208
0042	Die bisher gespeicherten Daten waren korrekt, es hat sich aber ein neuer Sachstand ergeben. In titel.neu wird die nach der Fortschreibung gültige, komplette Liste aller Titel des Betroffenen angegeben.	Seite 234
0043	Die bisher gespeicherten Daten waren (teilweise) nicht korrekt, sie müssen berichtigt werden. In titel.neu wird die nach der Berichtigung gültige, komplette Liste aller Titel des Betroffenen angegeben.	Seite 235
0050	Die sendende Meldebehörde teilt der adressierten Meldebehörde mit, dass für den Betroffenen eine Auskunftssperre gelöscht worden ist. Bei Löschung einer Sperre bei einer aktuellen Wohnung im Publikumsverkehr sind alle aktuellen und inaktuellen Wohnungen über die Löschung zu informieren. Bei Löschung einer Sperre bei einer aktuellen Wohnung aufgrund einer erhaltenen Nachricht 0050 sind alle inaktuellen Wohnungen über die Löschung zu informieren.	Seite 229
0054	Mit dieser Nachricht wird die Tatsache übermittelt, dass eine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt worden ist. Sofern Nachweisdaten über die diese Tatsache mitteilende Behörde inkl. Informationen über den Tag der erstmaligen Erteilung vorliegen, werden diese mit übermittelt.	Seite 239
0055	Mit dieser Nachricht wird die Tatsache übermittelt, dass eine waffenrechtliche Erlaubnis aufgehoben worden ist. Sofern Nachweisdaten über die diese Tatsache mitteilende Behörde vorliegen, werden diese mit übermittelt.	Seite 239
0056	Mit dieser Nachricht wird die Tatsache übermittelt, dass eine sprengstoffrechtliche Erlaubnis erteilt worden ist. Sofern Nachweisdaten über die diese Tatsache mitteilende Behörde inkl. Informationen über den Tag der erstmaligen Erteilung vorliegen, werden diese mit übermittelt.	Seite 240
0057	Mit dieser Nachricht wird die Tatsache übermittelt, dass eine sprengstoffrechtliche Erlaubnis aufgehoben worden ist. Sofern Nachweisdaten über die diese Tatsache mitteilende Behörde vorliegen, werden diese mit übermittelt.	Seite 241
0058	Die Anschrift des Betroffenen hat sich geändert, ohne dass ein Umzug oder eine Änderung des Wohnungsstatus vorliegt (z. B. durch Korrektur oder Umbenennung).	Seite 208
0059	Diese Nachricht ist zu verwenden, wenn die Daten des Betroffenen bzgl. der Angaben zu einem Kind nach § 2 Abs. 1 Nr. 16 MRRG mit der Ausnahme der Angaben zum Sterbetag fortgeschrieben worden sind. Der Sachverhalt <i>“Tod des Kindes”</i> ist mit der Nachricht 0062 mitzuteilen. Muss der Sterbetag korrigiert werden, so ist dieser Sachverhalt über die Nachricht 0071 mitzuteilen.	Seite 247
0060	Der Betroffene hat neben seiner Haupt- auch mindestens eine Nebenwohnung. Daher sind bei Eintragung des Kindes aufgrund Geburt, Vorlage der Vaterschaftsanerkennung oder Vorlage der steuerlichen Lebensbescheinigung die Kinddaten (nach § 2 Abs. 1 Nr. 16 MRRG) an die Nebenwohnung zu übermitteln.	Seite 247
0061	Informationen über die Daten eines Kindes des Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden.	Seite 248
0062	Mitteilung über den Tod eines Kindes des Betroffenen.	Seite 249
0063	Die sendende Meldebehörde teilt der adressierten Meldebehörde die Verlängerung eines Kinderreisepasses mit.	Seite 215

0064	Mitgeteilt werden Veränderungen an den Daten zu einem Personaldokument, die sich weder auf die Übernahme/Eintragung in das Melderegister, auf die Löschung aus dem Melderegister bzw. auf die Verlängerung eines Kinderreisepasses beziehen. Insbesondere sind hierunter Korrekturen zu fassen oder eventuelle Verlängerungen von Personaldokumenten für Ausländer.	Seite 216
0065	Das aus dem Melderegister der sendenden Meldebehörde gelöschte Personaldokument wird mitgeteilt.	Seite 216
0066	Mit dieser Nachricht wird jegliche Änderung/Korrektur der Religionszugehörigkeit des Betroffenen übermittelt.	Seite 253
0067	Die Nachricht ist zu verwenden, wenn eine Person, die bisher Ausländer war, die deutsche Staatsangehörigkeit annimmt, unabhängig davon, ob die bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten wird oder nicht.	Seite 230
0068	Die Nachricht ist zu verwenden, wenn eine Entlassung aus der deutschen Staatsangehörigkeit vorliegt.	Seite 232
0069	Diese Nachricht wird zur Übermittlung der Korrektur der Glaubhaftmachung und der zugehörigen Nachweisdaten genutzt.	Seite 233
0070	Die Nachricht ist zu verwenden, wenn sich bei einer Person Veränderungen bei einer weiteren (nichtdeutschen) Staatsangehörigkeit ergeben. Das kann neben einer Berichtigung die Aufnahme, der Verlust bzw. die Aufgabe einer weiteren Staatsangehörigkeit sein oder aber die Änderung einer Staatsangehörigkeit – auch durch die anerkannt geänderte Souveränität eines Staates.	Seite 234
0071	Mitgeteilt wird die Korrektur oder Rücknahme des Sterbetages einer beigeschriebenen Person (Kind, Partner oder Elternteil) des Betroffenen. Da eine Korrektur von Nachweisdaten nicht benötigt wird, sind diese folglich auch nicht Bestandteil dieser Nachricht.	Seite 213
0072	Informationen zum früheren Vornamen des Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden.	Seite 227
0073	Informationen zu einem früheren Familiennamen des Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden.	Seite 228
0074	Die Nachricht ist zu verwenden, wenn für eine als verstorben gemeldete Person festgestellt wird, dass entweder der Sterbefall zu Unrecht übermittelt wurde oder die mitgeteilten Angaben zum Sterbefall nicht korrekt waren. Außerdem können mit dieser Nachricht fehlerhaft übermittelte Nachweisdaten korrigiert werden.	Seite 237
0198	Die versuchte Bearbeitung einer Fortschreibung hat ergeben, dass der Betroffene nicht identifiziert werden konnte oder verzogen bzw. verstorben ist. Daher wird diese Nachricht an den Absender der eingegangenen Fortschreibungsnachricht geschickt. Die Daten im Kindelement betroffener müssen eine Kopie der Daten sein, wie sie im Rahmen der <i>“Fortschreibung”</i> , auf die mit dieser Nachricht reagiert wird, angegeben sind. Im darin enthaltenen Identifikationsblock muss das Element anschrift.sender weggelassen werden. Das Element anschrift.empfaenger ist mit dem Element anschrift.sender aus der erhaltenen Fortschreibungsnachricht zu befüllen.	Seite 254

0199	<p>Mit dieser Nachricht ist es möglich, derzeit nicht modellierte Fortschreibungssituationen dennoch unterstützen zu können. Dazu ist der Fortschreibungssachverhalt im Pflichtelement sachverhalt.unformatiert zu übermitteln. Das optionale Element sachverhalt.formatiert kann verwendet werden, wenn das EWO-Verfahren in der Lage ist, den Fortschreibungssachverhalt in einem der unterstützten Formate auszugeben.</p> <p>Aus Sicht des erzeugenden EWO-Verfahrens ist es irrelevant, ob das empfangende EWO-Verfahren in der Lage ist, eine formatierte Nachricht zu lesen. (Die Übermittlung des formatierten Sachverhalts ist nur als ein Entgegenkommen zu verstehen.) Sehr wohl aber muss <i>jedes</i> EWO-Verfahren in der Lage sein, alle unformatierten Sachverhalte auszulesen. (Es ist klar, dass der Eingang einer Nachricht 0199 beim Empfänger-EWO-Verfahren zu einer Aussteuerung und manuellen Bearbeitung durch einen Sachbearbeiter führen muss.)</p>	Seite 256
Nachrichten der Hauptgruppe rueckmeldung		
0201	<p>Die sendende Gemeinde informiert die empfangende Gemeinde über die in der sendenden Gemeinde erfolgte Anmeldung.</p> <p>Die empfangende Gemeinde wertet die Nachricht aus und reagiert immer mit einer Rückmeldungsauswertung (siehe dort).</p> <p>Rückmeldungen, die sich aus der Anmeldung eines Umzugsverbandes ergeben, sollen in einem Umzugsverband-Container zusammengefasst werden. Ein „<i>Umzugsverband</i>“ ist eine technische Lösung, um eine Gruppe von Personen – in der Regel der sogenannte <i>Familienverband</i> – gemeinsam und juristisch zeitgleich von derselben Wohnung in Gemeinde A in eine neue gemeinsame Wohnung in Gemeinde B mit demselben Wohnungsstatus umziehen zu lassen. Dabei ist eine alleinige Wohnung einer Hauptwohnung im Status gleichgestellt.</p> <p>Rückmeldungen von mehreren Umzugsverbänden können zu Sammelnachrichten zusammengefasst werden. Damit wäre es beispielsweise möglich, die Anzahl der Kommunikationen zwischen Großstädten auf einen Batchlauf/Tag zu begrenzen. – Dies hätte natürlich keine Auswirkungen auf die oben beschriebene Semantik von Rückmeldungsauswertungen durch die empfangende Gemeinde.</p>	Seite 171
0202	<p>Der Betroffene hat sich in der sendenden Gemeinde nach Zuzug aus dem Ausland angemeldet. Die bis zum Wegzug ins Ausland zuständige Gemeinde ist die für den letzten Wohnort im Inland zuständige Meldebehörde. Die sendende Gemeinde informiert die empfangende Gemeinde über die in der sendenden Gemeinde erfolgte Anmeldung.</p> <p>Die empfangende Gemeinde wertet die Nachricht aus und reagiert mit einer Rückmeldungsauswertung (siehe dort).</p> <p>Hinweis: Bei erstmaligen Zuzug aus dem Ausland – wenn bisher noch nie eine Wohnung im Inland bewohnt wurde – wird keine Rückmeldung generiert.</p>	Seite 172

0203	<p>Mit dieser Nachricht werden ergänzende Informationen, die nur bei der bisherigen Hauptwohnung vorliegen, sowie abweichende Daten übermittelt. Diese Nachricht ist <i>immer</i> zu verwenden, auch wenn weder Ergänzungen noch Abweichungen vorliegen (beide Container sind dann leer). In diesen Fällen hat diese Nachricht eine reine Quittungsfunktion.</p> <p>Bei der Befüllung des Abweichungscontainers sollten alle Abweichungen – auch leere Feldinhalte versus gefüllte Werte – übermittelt werden, so wie sie sich aus dem Vergleich der eingegangenen Nachricht (0201, 0202, 0206) und dem im Melderegister gespeicherten Zustand ergeben.</p> <p>Bei einer Auswertungsnachricht an eine Nebenwohnung dürfen im Ergänzungscontainer nur Informationen zur waffen- und/oder sprengstoffrechtlichen Erlaubnis übermittelt werden. Liegen hierzu keine Informationen vor, so muss der Ergänzungscontainer leer sein.</p> <p>Ggf. erhält die neue Hauptwohnungsgemeinde in dem Kindelement hauptwohnung.ergaenzungen von der bisherigen Hauptwohnungsgemeinde ergänzende Daten (<i>Wahlrechtsausschluss, Passversagung, Optionsdeutscher, Unionsbürgerschaft, Steueridentifikation sowie waffen- und sprengstoffrechtliche Erlaubnis</i>).</p> <p>Diese Nachricht ist auch zu verwenden, wenn nach einem Wiederrückzug aus dem Ausland (0202) die neue Meldebehörde über abweichende Daten zu informieren ist.</p>	Seite 176
0204	<p>Die versuchte Bearbeitung einer Rückmeldung (0201, 0202 oder 0206) hat ergeben, dass der Betroffene in der Gemeinde nicht identifiziert werden konnte. (Dieser Sachverhalt gilt insbesondere auch bei verstorbenen Personen: Diese werden im Rückmeldungskontext nicht identifiziert.) Daher wird diese Nachricht an den Absender der eingegangenen Nachricht (0201, 0202 oder 0206) geschickt.</p> <p>Die Daten im Kindelement betroffener müssen eine Kopie der Daten sein, wie sie im Rahmen der „Rückmeldung“, auf die mit dieser Nachricht reagiert wird, angegeben sind. Im darin enthaltenen Identifikationsblock muss das Element anschrift.sender weggelassen werden. Das Element anschrift.empfaenger ist mit dem Element anschrift.sender aus der erhaltenen 0201/0202/0206-Nachricht zu befüllen.</p>	Seite 188
0206	<p>Der <i>„Erweiterte Statuswechsel“</i> ergänzt den Begriff des <i>„Klassischen Statuswechsels“</i>:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beim klassischen Statuswechsel werden keine Wohnungen aufgegeben oder neu begründet, es findet lediglich ein Wechsel statt, welche Wohnung die Eigenschaft Hauptwohnung hat. Dies kann gemeindeübergreifend oder innerhalb einer Gemeinde geschehen, entsprechend wird dies weiteren beteiligten Meldebehörden über eine Rückmeldungs- oder eine Fortschreibungsnachricht mitgeteilt. • Der erweiterte Statuswechsel umfasst den Fall des klassischen Statuswechsels, es können dabei aber auch Wohnungen aufgegeben sowie die neue Hauptwohnung bei einer bestehenden Einwohnerschaft erst begründet werden. Wesentlich ist, dass am Ort der neuen Hauptwohnung bereits vor dem erweiterten Statuswechsel eine Nebenwohnung bestand, so dass dort bereits Daten des Bürgers im Nebenwohnungsumfang vorlagen. <p>Der gemeindeübergreifende erweiterte Statuswechsel wird durch diese Nachricht abgebildet. Aus dieser Nachricht ist deshalb, analog zur Nachricht 0201, das vollständige Wohnungsbild sowohl vor dem erweiterten Statuswechsel, als auch nach dem erweiterten Statuswechsel erkennbar.</p> <p>Der erweiterte Statuswechsel innerhalb einer Gemeinde wird durch die Nachricht 0039 abgebildet, die seit der Version OSCI-XMeld 1.3.1 auch die Abmeldung der bisherigen Hauptwohnung im gleichen Vorgang erlaubt. Werden in dem Vorgang weitere Wohnungen abgemeldet oder die Hauptwohnung neu begründet, so ist dies durch die Kombination der Nachricht 0039 mit weiteren Fortschreibungsnachrichten auszudrücken.</p>	Seite 173

0211	Die Zuzugsgemeinde erfährt über die Rückmeldeauswertung zu der ursprünglichen Nachricht 0201 über Abweichungen von den bei der Anmeldung gemachten Angaben. Nach Klärung der Abweichungen korrigiert sie ggf. ihr Melderegister und informiert alle Meldebehörden, denen sie eine aus jetziger Sicht fehlerhafte oder unvollständige Daten enthaltende Nachricht 0201 geschickt hatte, von dem Stand, der einer Rückmeldung mit korrekten und vollständigen Daten entspricht. Dazu verwendet sie diese Nachricht (0211). Diese Nachricht ist <i>nicht</i> mit einer Rückmeldeauswertung zu beantworten.	Seite 174
0212	Die Zuzugsgemeinde erfährt über die Rückmeldeauswertung zu der ursprünglichen Nachricht 0202 über Abweichungen von den bei der Anmeldung gemachten Angaben. Nach Klärung der Abweichungen korrigiert sie ggf. ihr Melderegister und informiert die Meldebehörde, der sie eine aus jetziger Sicht fehlerhafte oder unvollständige Daten enthaltende Nachricht 0202 geschickt hatte, von dem Stand, der einer Rückmeldung mit korrekten und vollständigen Daten entspricht. Dazu verwendet sie diese Nachricht (0212). Diese Nachricht ist <i>nicht</i> mit einer Rückmeldeauswertung zu beantworten.	Seite 174
0216	Die Zuzugsgemeinde erfährt über die Rückmeldeauswertung zu der ursprünglichen Nachricht 0206 über Abweichungen von den bei der Anmeldung gemachten Angaben. Nach Klärung der Abweichungen korrigiert sie ggf. ihr Melderegister und informiert alle Meldebehörden, denen sie eine aus jetziger Sicht fehlerhafte oder unvollständige Daten enthaltende Nachricht 0201 geschickt hatte, von dem Stand, der einer Rückmeldung mit korrekten und vollständigen Daten entspricht. Dazu verwendet sie die diese Nachricht (0216). Diese Nachricht ist <i>nicht</i> mit einer Rückmeldeauswertung zu beantworten.	Seite 175
Nachrichten der Hauptgruppe anmeldung		
0300	Um die Anmeldung von Person(en) zu erleichtern und die Qualität des Anmeldeprozesses zu erhöhen, werden mit dieser Nachricht die Personendaten von der Wegzugsgemeinde angefordert. Mögliche Reaktionen (je nach gesetzlicher Absicherung): <ul style="list-style-type: none"> • Innerhalb eines Bundeslandes können maximal die im jeweiligen Landesrecht festgelegten Daten über die anzumeldenden Personen geschickt werden. • Länderübergreifend fehlt dafür bisher eine Rechtsgrundlage. Wenn zusätzlich zum aktuellen Familiennamen auch ein Geburtsname vorhanden ist, so ist dieser zur Erleichterung der Identifikation in der Wegzugsgemeinde anzugeben.	Seite 145
0301	Übermittlung von Meldedaten zu einer Einzelperson oder einem Verband als Antwort auf die Nachricht 0300. Diese Daten werden nach jeweils geltendem Recht (Land resp. Bund) übertragen. Zuziehende Personen werden als Elemente <i>Zuziehende.Person</i> übermittelt. Die Beziehungen zwischen zuziehenden Personen werden über type.Beziehung -Elemente abgebildet. Informationen über nicht zuziehende Personen, die ggf. in Datensätzen von zuziehenden Personen einzutragen sind, sind im Kindelement <i>Nicht.zuziehende.Personen</i> zu finden. Diese Struktur spiegelt aufgrund der Unterscheidung zwischen zuziehenden und nicht zuziehenden Personen die unterschiedlichen Datenumfänge wider. Es kann Abweichungen zwischen Identifikationsdaten und von der Wegzugsgemeinde übermittelten Daten geben. Werden Daten von Personen angefordert, die nicht in Beziehung zueinander stehen, übermittelt die Wegzugsgemeinde nur die Personen, die in einer Beziehung zur <i>Anmeldeperson</i> stehen. Die Verantwortung zur Prüfung der Abweichungen der Daten obliegt der Zuzugsgemeinde. Sobald die Wegzugsgemeinde mehr als eine Person übermittelt, müssen auch die zugehörigen type.Beziehung -Elemente mit übermittelt werden.	Seite 146

0302	<p>Der Bürger übermittelt mit dieser Nachricht alle Informationen, um eine Anmeldung vorzubereiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • umzuziehende Personen • bisherige Adresse in der Wegzugsgemeinde • neue Adresse in der Zuzugsgemeinde • Zuzugsdatum • Wohnungsstatus <p>Wenn zusätzlich zum aktuellen Familiennamen auch ein Geburtsname vorhanden ist, so ist dieser zur Erleichterung der Identifikation in der Wegzugsgemeinde anzugeben.</p> <p>Diese Daten müssen mit qualifizierter elektronischer Signatur versehen werden. Falls sich mehr als eine Person anmelden will (insbesondere die <i>„normal strukturierte Familie“</i>), reicht die Unterschrift einer Person aus. Diese agiert als <i>„Stellvertreter mit Befugnis-macht“</i> für die anderen Personen, die sich anmelden wollen und deren Initialdaten angegeben werden.</p> <p>In diesem Fall muss die Person, die die Initialdaten signiert, bestätigen, dass sie bevollmächtigt ist, Einsicht in die Daten der anderen umziehenden Personen zu erhalten. Nur wenn diese Bestätigung vorliegt, dürfen im vorausgefüllten Meldeschein auch die Daten der Personen eingetragen werden, die zwar umziehen, aber diese Initialdaten nicht signieren. Die fälschlicherweise abgegebene Behauptung einer solchen Befugnis durch die die Initialdaten signierende Person muss bußgeldbeehrt sein.</p>	Seite 144
0303	<p>Übermittlung eines vorausgefüllten Meldescheines zu einer Einzelperson oder einem Verband als Antwort auf die Nachricht 0302. Hierbei handelt es sich um einen Service für den Kunden, der gleichzeitig die Datenqualität sichert.</p> <p>Diese Daten werden nach jeweils geltendem Landesrecht übertragen.</p> <p>Zuziehende Personen werden als Elemente zuziehende.person übermittelt. Die Beziehungen zwischen zuziehenden Personen werden über type.Beziehung-Elemente abgebildet.</p> <p>Informationen über nicht zuziehende Personen, die ggf. in Datensätzen von zuziehenden Personen einzutragen sind, sind im Kindelement nicht.zuziehende.personen zu finden.</p> <p>Ebenfalls übermittelt wird die Zuzugsanschrift, die der Kunde bereits im Zusammenhang mit der Mitteilung des Anmeldewunsches in Nachricht 0302 mitgeteilt hat.</p>	Seite 147
0304	<p>Für die Auslösung des eigentlichen Anmeldevorganges in der Zuzugsmeldebehörde werden zwei Meldescheine übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der vorausgefüllte Meldeschein (wie im Rahmen der Nachricht 0303 erhalten) • Der vom Bürger signierte Meldeschein (gegebenenfalls mit Änderungen/Ergänzungen durch den Kunden, falls dieser keine Änderungen durchgeführt hat, ist dieser Meldeschein identisch mit dem vorausgefüllten Meldeschein). Im Falle der Anmeldung einer Gruppe (insbesondere einer <i>normal strukturierten Familie</i>) ist die Signatur einer Person ausreichend, die als Stellvertreter mit Befugnis-macht agiert. 	Seite 148
0305	<p>Mit dieser Nachricht bestätigt die Zuzugsgemeinde dem Bürger die erfolgte Anmeldung.</p> <p>Diese Daten sind elektronisch von der Zuzugsmeldebehörde zu signieren. Das Signaturniveau ist noch zu klären. Es sollte sichergestellt werden, dass dies automatisiert durchgeführt werden kann.</p>	Seite 149
Nachrichten der Hauptgruppe datenuebermittlung		
0400	<p>Die anfordernde Behörde wählt aus den nach MRRG § 18, Abs. 1 verfügbaren Daten die zu ihrer Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten aus.</p> <p>Dazu wird ein sog. <i>Strukturbaum</i> verwendet, der das angeforderte Ergebnis in den Begriffen des MRRG § 18 (1) beschreibt.</p>	Seite 314

0401	Die Meldebehörde liefert die durch eine generische Anforderungsnachricht 0400 angeforderten Daten (nach MRRG § 18, Abs. 1) an die anfordernde Behörde. Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde. Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.	Seite 315
0402	Mit dieser Nachricht erfragt die Familienkasse die Meldeverhältnisse von Personen. Es ist die Aufgabe der Familienkasse, die hiermit angefragten Personen in Verhältnis zu setzen. Bestandteil der Anforderungsnachricht sind stets <i>mehrere</i> Personen. Die Meldebehörde ermittelt für diese Personen deren Geburtsdaten und Angaben zur Wohnung und übermittelt diese Information in der Antwortnachricht.	Seite 303
0403	Mit dieser Antwortnachricht werden die Daten der sogenannten <i>Haushaltsbescheinigung</i> (Anfrage der Familienkasse/Kindergeldkasse: 0402) beantwortet. Diese Nachricht ist nicht zu verwechseln mit der Datenübermittlung nach 2. BMeld-DÜV § 3. Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde. Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.	Seite 303
0404	Mit dieser Nachricht fordern Behörden die sogenannte <i>Einfache Standardauskunft</i> bei Meldebehörden an. Diese Anfrage/Antwort-Kombination ist auch für Ordnungswidrigkeitsanfragen bei Volljährigen zu verwenden.	Seite 304
0405	Diese Nachricht stellt die <i>Einfache Standardauskunft</i> an Behörden dar. Sie ist beispielsweise verwendbar für folgende Anwendungen: <ul style="list-style-type: none"> • aktuelle Namensanfragen • aktuelle Adressanfragen • Anfragen zum Wohnungsstatus Voraussetzung für die Datenübermittlung ist die eindeutige Identifizierung der angefragten Person(en). Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde. Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.	Seite 305
0406	Mit dieser Nachricht fordern Behörden die sogenannte <i>Erweiterte Standardauskunft (Geschlecht)</i> bei Meldebehörden an. Diese besteht aus der <i>Einfachen Standardauskunft</i> sowie der Information über das Geschlecht der Person.	Seite 306

0407	<p>Diese Nachricht stellt die <i>Erweiterte Standardauskunft (Geschlecht)</i> an Behörden dar.</p> <p>Übermittelt werden die Daten, die zum Katalog der <i>Einfachen Standardauskunft</i> gehören sowie das Geschlecht des Betroffenen.</p> <p>Voraussetzung für die Datenübermittlung ist die eindeutige Identifizierung der angefragten Person(en).</p> <p>Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.</p> <p>Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.</p>	Seite 306
0408	<p>Mit dieser Nachricht fordern Behörden die sogenannte <i>Erweiterte Standardauskunft (Staatsangehörigkeit)</i> bei Meldebehörden an.</p> <p>Diese besteht aus der <i>Einfachen Standardauskunft</i> sowie der Information über das Staatsangehörigkeit der Person.</p>	Seite 307
0409	<p>Diese Nachricht stellt die <i>Erweiterte Standardauskunft (Staatsangehörigkeit)</i> an Behörden dar.</p> <p>Übermittelt werden die Daten, die zum Katalog der <i>Einfachen Standardauskunft</i> gehören sowie die Staatsangehörigkeit des Betroffenen.</p> <p>Voraussetzung für die Datenübermittlung ist die eindeutige Identifizierung der angefragten Person(en).</p> <p>Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.</p> <p>Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.</p>	Seite 307
0410	<p>Mit dieser Nachricht fordern Behörden die sogenannte <i>Erweiterte Standardauskunft (Familienstand)</i> bei Meldebehörden an.</p> <p>Diese besteht aus der <i>Einfachen Standardauskunft</i> sowie der Information über den Familienstand der Person.</p>	Seite 308
0411	<p>Diese Nachricht stellt die <i>Erweiterte Standardauskunft (Familienstand)</i> an Behörden dar.</p> <p>Übermittelt werden die Daten, die zum Katalog der <i>Einfachen Standardauskunft</i> gehören sowie der Familienstand des Betroffenen.</p> <p>Voraussetzung für die Datenübermittlung ist die eindeutige Identifizierung der angefragten Person(en).</p> <p>Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.</p> <p>Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.</p>	Seite 308
0412	<p>Mit dieser Nachricht fordern Behörden die sogenannte <i>Erweiterte Standardauskunft (Gesetzlicher Vertreter)</i> bei Meldebehörden an.</p> <p>Diese besteht aus der <i>Einfachen Standardauskunft</i> sowie der Information über den/ die gesetzlichen Vertreter der Person.</p> <p>Diese Anfrage/Antwort-Kombination ist auch für Ordnungswidrigkeitsanfragen bei Minderjährigen zu verwenden.</p>	Seite 309

0413	<p>Diese Nachricht stellt die <i>Erweiterte Standardauskunft (Gesetzlicher Vertreter)</i> an Behörden dar.</p> <p>Übermittelt werden die Daten, die zum Katalog der <i>Einfachen Standardauskunft</i> gehören sowie der/die gesetzlichen Vertreter des Betroffenen.</p> <p>Voraussetzung für die Datenübermittlung ist die eindeutige Identifizierung der angefragten Person(en).</p> <p>Diese Anfrage/Antwort-Kombination ist auch für Ordnungswidrigkeitsanfragen bei Minderjährigen zu verwenden.</p> <p>Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.</p> <p>Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.</p>	Seite 310
0414	<p>Mit dieser Nachricht fordern Behörden die sogenannte <i>Erweiterte Standardauskunft (Inaktuelle Wohnungen)</i> bei Meldebehörden an.</p> <p>Diese besteht aus der <i>Einfachen Standardauskunft</i> sowie der Information über inaktuelle Wohnungen.</p>	Seite 311
0415	<p>Diese Nachricht stellt die <i>Erweiterte Standardauskunft (Inaktuelle Wohnungen)</i> an Behörden dar.</p> <p>Übermittelt werden die Daten, die zum Katalog der <i>Einfachen Standardauskunft</i> gehören sowie inaktuelle Wohnungen des Betroffenen.</p> <p>Voraussetzung für die Datenübermittlung ist die eindeutige Identifizierung der angefragten Person(en).</p> <p>Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.</p> <p>Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.</p>	Seite 311
0416	<p>Mit dieser Nachricht fordern Behörden die sogenannte <i>Erweiterte Standardauskunft (Inaktuelle Namen)</i> bei Meldebehörden an.</p> <p>Diese besteht aus der <i>Einfachen Standardauskunft</i> sowie der Information über inaktuelle Namen der Person.</p>	Seite 312
0417	<p>Diese Nachricht stellt die <i>Erweiterte Standardauskunft (Inaktuelle Namensangaben)</i> an Behörden dar.</p> <p>Übermittelt werden die Daten, die zum Katalog der <i>Einfachen Standardauskunft</i> gehören sowie inaktuelle Namen des Betroffenen.</p> <p>Voraussetzung für die Datenübermittlung ist die eindeutige Identifizierung der angefragten Person(en).</p> <p>Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.</p> <p>Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.</p>	Seite 312
0430	<p>Mit dieser Nachricht übermittelt die Meldebehörde Führungszeugnis-Anträge an das BZR. Es werden die Belegarten NB, NV, OB, OG, PB und PG unterstützt.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Anträge übermittelt werden können.</p>	Seite 345

0431	<p>Mit dieser Nachricht übermittelt der Antragsteller einen Führungszeugnis-Antrag an die Meldebehörde. Es wird ausschließlich die Belegart NB unterstützt.</p> <p>Zusätzliche Angaben des Bürgers (Titel, Staatsangehörigkeit, weiterer Name, etc) werden bewußt nicht abgefragt, sondern automatisch vom Fachverfahren ergänzt. Die Beantragung eines Führungszeugnisses ist grundsätzlich gebührenpflichtig. Die Gebührenerhebung ist nicht Bestandteil dieser Nachricht. Sie wird in dem jeweiligen Fachverfahren der Meldebehörde realisiert und ist von Meldebehörde zu Meldebehörde unterschiedlich. Anträge auf eine Gebührenermäßigung durch den Antragsteller werden nicht im Rahmen dieser Online-Dienstleistung unterstützt. – In solchen Fällen muss der Antrag durch persönliches Vorsprechen in der Behörde gestellt werden. Dabei sind die Gründe für eine Gebührenermäßigung durch geeignete Dokumente nachzuweisen.</p> <p>Der Antrag wird – sofern inhaltlich korrekt und abgerechnet – unmittelbar und ohne weitere Rückfrage mit der Nachricht 0430 an das BZR weitergeleitet. Der Bürger erhält in jedem Fall mit der Nachricht 0432 eine Auftragsbestätigung oder -ablehnung.</p>	Seite 346
0432	<p>In der BZR-Ergebnisnachricht an den antragstellenden Bürger ist anhand des Ergebnisstatus auswertbar, ob der Antrag auf Erteilung eines Führungszeugnisses von der Meldebehörde angenommen und an das BZR weitergeleitet oder aber von der Meldebehörde abgelehnt worden ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Erfolgsfall (Führungszeugnisantrag wurde von der Meldebehörde an das BZR weitergeleitet; Ergebnisstatus 01) wird mit dieser Nachricht die Kopie des Antrags an den Bürger übermittelt. In diesem Fall ist das Element ty-pe.bzz.fuehrungszeugnisanfrage vorhanden und enthält eine Kopie des Führungszeugnisanspruchs. • Im Ablehnungsfall (Meldebehörde weist den Antrag zurück; Ergebnisstatus 04) wird natürlich kein Antrag übermittelt. Stattdessen ist eine nähere Beschreibung des Sachverhalts, der zur Ablehnung des Antrags geführt hat, im Element ty-pe.beschreibung enthalten. Mögliche Gründe für eine Ablehnung sind: <ul style="list-style-type: none"> - nicht in der Gemeinde mit HW oder AW gemeldet - abweichende Angaben bei den Identifikationsdaten - Auskunftssperre(n): <i>“Kein Führungszeugnisantrag im automatisierten oder Online-Verfahren möglich.”</i> - ungültige Ausweisdokumente (Ablauf der Gültigkeit, Verlust) - abweichende oder nicht vorliegende Seriennummer beim Ausweisdokument - Bezahlfunktion konnte nicht abgeschlossen werden <p>Weitere Gründe können von den EWO-Herstellern in Absprache mit der jeweiligen Meldebehörde realisiert werden.</p> <p>Es werden ausschließlich die Ergebnisstatus 01 und 04 verwendet. Bei einer Ablehnung reicht die Verwendung des Ergebnisstatus 04 mit den ergänzenden Hinweisen im Beschreibungsfeld.aus.</p>	Seite 347
0440	<p>Die Meldebehörde übermittelt mit dieser Nachricht Informationen über Sterbefälle gemäß “§ 18 Abs. 4 MRRG” und den entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Sterbefälle übermittelt werden können.</p>	Seite 317
0441	<p>Die Meldebehörde korrigiert mit dieser Nachricht die Sterbefalldaten Dabei kann es sich auch um die Annullierung eines Sterbefalles handeln.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Korrektur: Es werden die geänderten Sterbefalldaten übermittelt. I. a. erfolgt keine Mitteilung von Übermittlungssperren. • Annullierung: Das Element “Tod” darf nicht übermittelt werden. Soweit Übermittlungssperren vorliegen, können diese mitgeteilt werden (in Abhängigkeit vom Empfänger). <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Sterbefallkorrekturen übermittelt werden können.</p>	Seite 318

0445	<p>Dies ist die Standardnachricht für die regelhafte Übermittlung von Namensänderungen. Hier darf grundsätzlich der Anlass der Änderung nicht mitgeteilt werden. Sofern die Namensänderung auf Grund einer Familienstandsänderung erfolgt und dies dem Empfänger mitgeteilt werden darf, ist hierfür die 0450 zu verwenden. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Namensänderungen übermittelt werden können.</p>	Seite 319
0450	<p>Diese Nachricht ist zu übermitteln, wenn sich der Familienstand des Betroffenen geändert hat. Da damit im allgemeinen auch Namensänderungen einhergehen, können diese in den entsprechenden Kindelementen übermittelt werden. Sofern nur die Tatsache der Namensänderung (ohne Hinweis auf die Änderung des Familienstandes) übermittelt werden soll, ist hierfür die Nachricht 0445 zu verwenden.</p> <p>Eine Änderung des Familienstandes führt nicht zu einer Änderung des Geburtsnamens, daher wird dieser hier nicht mit aufgeführt. Der Geburtsname der Person kann den Identifikationsdaten entnommen werden.</p> <p>Sofern Angaben über Grund der Familienstandsänderung erforderlich sind, so können sie aus dem übermittelten Familienstand-Element gelesen werden.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Familienstandsänderungen übermittelt werden können.</p>	Seite 321
0455	<p>Die in den Identifikationsdaten genannte Wohnung wird aufgegeben. Die nunmehr aktuellen Anschriften des Betroffenen werden als Inhaltsdaten übermittelt. Dabei wird die HW/AW besonders gekennzeichnet.</p> <p>Falls es sich um einen Wegzug ins Ausland handelt, wird nur ein Anschrift.HWAW-Element übermittelt, welches einen nicht-deutschen Staatenschlüssel enthält.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Wohnungsaufgaben übermittelt werden können.</p>	Seite 323
0456	<p>Mit dieser Nachricht können folgende Konstellationen übermittelt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Statuswechsel HW/AW zu NW: Die in den Identifikationsdaten genannte Wohnung (Haupt- oder alleinige Wohnung) wird zu einer Nebenwohnung und eine andere Wohnung außerhalb des Zuständigkeitsbereiches zur Hauptwohnung. Die nunmehr aktuellen Anschriften des Betroffenen werden als Inhaltsdaten übermittelt. Dabei wird die neue Hauptwohnung (bisherige Nebenwohnung oder andere, neue Wohnung) besonders gekennzeichnet. • Weitere Nebenwohnung: Eine (weitere) Nebenwohnung wird begründet. <p>Diese Nachricht darf nur verwendet werden, wenn der Betroffene aktuell in dieser Gemeinde bereits eine Wohnung hat.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Statuswechsel zur NW oder NW-Begründungen übermittelt werden können.</p>	Seite 325
0457	<p>Diese Nachricht wird in folgenden Fällen verwendet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umzug der Haupt- oder alleinigen Wohnung innerhalb einer Gemeinde • Umzug der Nebenwohnung innerhalb einer Gemeinde • Wohnungsstatuswechsel zwischen einer bestehenden Haupt- und einer bestehenden Nebenwohnung innerhalb einer Gemeinde <p>Die Anzahl der Wohnungen verändert sich hierbei nicht.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Wohnungsänderungen übermittelt werden können.</p>	Seite 327
0458	<p>Diese Nachricht wird in folgenden Fällen verwendet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zuzug mit der Haupt- oder alleinigen Wohnung • Zuzug mit Nebenwohnung – in diesem Fall werden die Anschriften <i>“Zuzug von”</i> bzw. <i>“letzte Inlandsanschrift”</i> nicht gefüllt <p>Diese Nachricht darf nur verwendet werden, wenn der Betroffene aktuell keine Wohnungen in dieser Gemeinde hat.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Wohnungsbezüge übermittelt werden können.</p>	Seite 329

0459	<p>Mit diesem Element wird folgendes abgebildet:</p> <ul style="list-style-type: none"> Wohnungsstatuswechsel der Nebenwohnung zur Hauptwohnung; bisherige Hauptwohnung außerhalb wird zur Nebenwohnung Wohnungsstatuswechsel der Nebenwohnung zur alleinigen Wohnung bei Aufgabe der bisherigen Hauptwohnung außerhalb Neubegründung einer Haupt- oder alleinigen Wohnung, die nicht identisch mit der bisherigen Nebenwohnung innerhalb ist <p>Diese Nachricht darf nur verwendet werden, wenn der Betroffene aktuell in dieser Gemeinde bereits eine Wohnung hat. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere HW/AW-Einrichtungen durch Statuswechsel oder Begründung übermittelt werden können.</p>	Seite 331
0460	<p>Diese Nachricht wird übermittelt, wenn eine Person aus dem Melderegister gelöscht worden ist, die dort irrtümlich gespeichert war. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Bestandslöschungen übermittelt werden können.</p>	Seite 332
0465	<p>Mit dieser Nachricht werden immer alle für den jeweiligen Empfänger relevanten Übermittlungssperren des Betroffenen mitgeteilt. Da immer der aktuelle Stand mitgeteilt wird, ist diese Nachricht geeignet, um die Einrichtung, Veränderung oder Löschung von Übermittlungssperren mitzuteilen. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch zu mehreren Personen Übermittlungssperren mitgeteilt werden können.</p>	Seite 333
0470	<p>Mit dieser Nachricht werden die aktuellen Staatsangehörigkeiten des Betroffenen übermittelt. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch zu mehreren Personen Staatsangehörigkeitsinformationen mitgeteilt werden können.</p>	Seite 334
0475	<p>Mit dieser Nachricht werden Geburten mitgeteilt. Bezugsperson für diese Nachricht ist das neugeborene Kind. Diese Nachricht ist eine Erstmeldung. Nachfolgende Vorgänge wie z. B. Namensänderungen, Wechsel des gesetzlichen Vertreters, Setzen von Auskunftssperren, etc werden mit entsprechenden Folgemitteilungen übermittelt. Optional können gesetzliche Vertreter übermittelt werden. Zum Zeitpunkt der Geburt ist das die Mutter. Der Vater kann zusätzlich übermittelt werden. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Geburten mitgeteilt werden können.</p>	Seite 335
0476	<p>Diese Nachricht ist zu übermitteln, wenn sich die Geburtsdaten des Betroffenen geändert haben. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Vorgänge übermittelt werden können.</p>	Seite 337
0480	<p>Diese Nachricht ist zu übermitteln, wenn sich die Anschriften des Betroffenen geändert haben. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Vorgänge übermittelt werden können.</p>	Seite 338
0485	<p>Dies ist die Standardnachricht für die regelhafte Übermittlung des aktuell gespeicherten Datenfeldes <i>“Geschlecht”</i>, vorrangig nach Korrektur. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Vorgänge übermittelt werden können.</p>	Seite 341

0490	<p>Mit dieser Nachricht wird mitgeteilt, wer aktuell der/die gesetzliche(n) Vertreter (juristisch, natürlich) des Betroffenen sind.</p> <p>Ist das Element nicht vorhanden, so hat der Betroffene keinen gesetzlichen Vertreter (mehr).</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch zu mehreren Personen der/die gesetzlichen Vertreter mitgeteilt werden können.</p>	Seite 342
0495	<p>Mit dieser Nachricht wird mitgeteilt, welche aktuellen Ausweisdokumente der Betroffene hat.</p> <p>Ist das Element <i>“Ausweisdokument.Aktuell”</i> nicht vorhanden, so hat der Betroffene keine Ausweisdokumente.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch zu mehreren Personen Informationen über deren Ausweisdokumente mitgeteilt werden können.</p>	Seite 344
0500	<p>Die Meldebehörde fordert gemäß § 139b Abs. 6 und 7 AO für den/die Betroffenen die Vergabe einer IdNr an. Diese Nachricht (=Sammelnachricht) enthält das vorläufige Bearbeitungsmerkmale (VBM) des/der Betroffenen.</p> <p>Eine Übermittlung von Plausibilitätsdaten (vgl. Nachricht 0502) ist aus folgendem Grund nicht notwendig: Man muss davon ausgehen, dass im Meldeamt die aktuellen, geprüften und maßgeblichen Daten vorliegen. Insbesondere in der Zwischenzeit der Erstanforderung der IdNr und der Zuteilung dieser kann und wird es vielfältige Veränderungen in den unterschiedlichen Datensätzen eines Steuerpflichtigen geben, z. B. eine Namensänderung. Diese Veränderung wird mit dem VBM entsprechend der Änderung an das BZSt verschickt. Wann diese in den Datenbestand des BZSt eingearbeitet werden, ist nicht nachvollziehbar. Da eine Zuordnung der zugesandten IdNr über die VBM eindeutig möglich ist, und bedingt durch die nicht nachvollziehbare Aktualität der Daten beim BZSt, wird es keine zusätzliche Plausibilitätsprüfung geben.</p> <p>Diese Nachricht wird auch verwendet, wenn für einen Betroffenen eine vorher (mit einer 0510-Nachricht) mitgeteilte Nichtzuständigkeit wieder zurückgenommen werden soll.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO</p>	Seite 379
0501	<p>Die mit der Nachricht 0500 angeforderte IdNr wurde vom BZSt vergeben und wird mit dieser Nachricht der Meldebehörde mitgeteilt. Zur eindeutigen Zuordnung des Betroffenen bei der Meldebehörde wird das VBM zurückübermittelt, d. h., beide Elemente müssen gefüllt sein.</p> <p>Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.</p> <p>Die Übermittlung weiterer Personendaten ist – bis auf Daten zur Plausibilitätsüberprüfung – daher nicht mehr erforderlich.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO</p>	Seite 382

0502	<p>Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn Personendaten geändert worden sind. Hierzu zählen auch Anschriftenänderungen innerhalb der Gemeinde.</p> <p>Es werden grundsätzlich <i>alle beim BZSt zu speichernden Daten</i> übermittelt, um die Datenqualität jederzeit sicherstellen zu können.</p> <p>Der korrespondierende Datensatz in der BZSt-Datenbank ist mit dem in dieser Nachricht gelieferten Bruttodatensatz komplett zu überschreiben. Um sicherzustellen, dass die anhand der IdNr beim BZSt gefundene Person auch diejenige ist, deren Daten zu überschreiben sind, wird als zusätzliches Plausibilitätsmerkmal das Geburtsdatum übermittelt.</p> <p>Betrifft die Änderung das Geburtsdatum selbst, so wird zur Plausibilitätsprüfung das Geburtsdatum <i>vor Änderung</i> übermittelt, in der Nachricht selbst das <i>geänderte</i> Geburtsdatum.</p> <p>Deshalb ist der gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel (verbunden mit einem Wechsel der zuständigen Meldebehörde) mit der Nachricht datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504 zu übermitteln. Das Ende der Zuständigkeit (Tod, Wegzug ins Ausland oder nach unbekannt, Abmeldung von Amts wegen) ist mit der Nachricht datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510 zu übermitteln.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO</p>	Seite 383
0503	<p>Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der den Konflikt auslösenden Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten der Melderegister vorliegen.</p> <p>Die Meldebehörde ist verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen. Dazu erhält die Meldebehörde Informationen über alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden zu einem früheren Zeitpunkt an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)</p> <p>Außerdem wird das Element konfliktmanagement zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.</p> <p>Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase des <i>“laufenden Betriebs”</i> verwendet.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO</p>	Seite 386
0504	<p>Die Nachricht 0504 wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn eine Haupt- oder alleinige Wohnung in der Gemeinde durch Zuzug oder Statuswechsel begründet und dadurch diese Meldebehörde zuständig im Sinne § 139b AO wird.</p> <p>Voraussetzung dafür ist der Eingang einer 0203 mit VBM resp. IdNr.</p> <p>Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach § 139b AO).</p> <p>Auf Seiten des BZSt bewirkt der Erhalt dieser Nachricht, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von derjenigen Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht diesen Typs als <i>“zuständig für den Betroffenen”</i> erklärt hat.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO</p>	Seite 388
0505	<p>Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der betroffenen Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten im Melderegister vorliegen. – Das BZSt vermutet nach der Anforderung einer IdNr einen Konflikt mit einem oder mehreren Datensätzen in der BZSt-Datenbank. Mit dieser Nachricht werden alle involvierten Meldebehörden über diesen möglichen Konflikt informiert und um Klärung gebeten. Alle Meldebehörden sind verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen.</p> <p>Jede Meldebehörde erhält Informationen über alle betroffenen Meldebehörden (Gemeindename, Erreichbarkeit) sowie vollständig alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)</p> <p>Außerdem wird das Element konfliktmanagement zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.</p> <p>Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase der <i>“Erstvergabe”</i> verwendet.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO</p>	Seite 390

0506	Mit dieser Nachricht zieht eine Meldebehörde einen früher gestellten Antrag (mit einer Nachricht 0500) auf Erteilung einer IdNr zurück. Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt gesandt, nachdem innerhalb der Meldebehörde eine <i>Klärung von Amts wegen</i> zu dem Ergebnis geführt hat, dass eine frühere Anforderung der Vergabe einer IdNr zu Unrecht erfolgt ist. Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO	Seite 392
0507	Falls bei einer melderegisterinternen Konsolidierung festgestellt wird, dass der Eintrag für eine (mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten) Person zu löschen ist, so ist mit dieser Nachricht (0507) das BZSt zu informieren. Führt die Meldebehörde in ihrem Register zwei Datensätze zusammen, teilt sie die weiterhin geltende und die stornierte IdNr dem BZSt mit dieser Nachricht mit. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG	Seite 393
0508	Wird in einer von einer Meldebehörde erhaltenen Nachricht bei der BZSt-seitigen Plausibilitätskontrolle ein Fehler entdeckt, so sendet das BZSt eine Nachricht 0508 an die entsprechende Meldebehörde. Darin wird mit der Schlüsseltabelle 49 der Meldebehörde eine grobe Fehlerklassifizierung übermittelt. Mit differenzierten Hinweisen resp. Freitexten in den zusätzlichen Feldern kann das BZSt eine eigene Fehlerbeschreibung angeben. – Damit bekommt das BZSt einen Gestaltungsspielraum unabhängig von OSCI-XMeld. Beispiele für Fehler sind: Geburts- oder Todesdatum liegt in der Zukunft, übermittelte Felder sind leer, etc. Bei dieser Nachricht handelt es sich um eine Sammelnachricht. Somit kann das BZSt mehrere Fälle (die sich auf verschiedene fehlerhafte Nachrichten beziehen können) an eine Meldebehörde übermitteln. Rechtsgrundlage: § 4a (3) MRRG	Seite 394
0509	Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr zu Recht geführt wird, die Meldebehörde also zuständig ist. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 oder 0503 geschickt werden. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG	Seite 396
0510	Mit dieser Nachricht teilt eine Meldebehörde dem BZSt mit, dass sie nicht mehr für den Betroffenen zuständig ist. Diese Nachricht wird geschickt, wenn entweder eine Abmeldung ins Ausland/Unbekannt, eine Abmeldung von Amts wegen oder der Tod des Betroffenen vorliegt. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (8) AO	Seite 397
0511	Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr nicht geführt wird. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 bzw. 0503 geschickt werden. Aus diesen Nachrichten sind dafür die Daten der auslösenden Person in das Element <code>konfliktfall.person</code> zu übernehmen. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG	Seite 399
0512	Mit dieser Nachricht kann eine Meldebehörde (nach Klärung) eine fehlerhafte Beantragung einer IdNr zurückziehen. Gleichzeitig teilt sie dem BZSt diejenige IdNr mit, die sie im Rahmen des Klärungsprozesses ermittelt hat. Diese Nachricht ist daher eine der möglichen Antwortnachrichten auf die Konfliktmitteilungsnachricht 0503. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG	Seite 400
0513	Diese Nachricht wird in folgenden Fällen von der Meldebehörde an das BZSt geschickt: <ul style="list-style-type: none"> • Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0501 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM-Zuordnung möglich ist • Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0508 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM/IdNr-Zuordnung möglich ist Aufgrund dessen können nur die Angaben aus der erhaltenen Nachricht (0501 oder 0508) zurückgesendet werden.	Seite 401

0514	Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, falls der Brief mit der IdNr nicht zugestellt werden konnte.	Seite 402
0530	Die Meldebehörde übermittelt mit dieser Nachricht Informationen zur Geburt eines oder mehrerer Kinder nach " <i>§ 5 2. BMeldDÜV Datenübermittlungen an die Datenstelle der Rentenversicherungsträger</i> ". Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Geburtsmitteilungen übermittelt werden können.	Seite 529
0535	Die Meldebehörde übermittelt mit dieser Nachricht Informationen über Sterbefälle nach " <i>§ 4 2. BMeldDÜV Datenübermittlungen an die Deutsche Post AG</i> ". Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Sterbefälle übermittelt werden können.	Seite 527
0540	Zur Prüfung der Rechtmäßigkeit des Bezugs von Kindergeld übermitteln die Meldebehörden mit dieser Nachricht Informationen über <i>alle</i> ¹ Einwohner, zu deren Person auch Daten minderjähriger Kinder gespeichert sind. Grundlage ist " <i>§ 3 2. BMeldDÜV Datenübermittlungen an die Bundesagentur für Arbeit</i> ". Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Abgleichsmittelungen übermittelt werden können.	Seite 524
0545	Die Meldebehörde übermittelt mit dieser Nachricht Informationen über Namensänderungen eines Einwohners, der das 14. Lebensjahr vollendet hat, nach " <i>§ 5b 2. BMeldDÜV Datenübermittlungen an das Kraftfahrt-Bundesamt</i> ". Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Namensänderungen übermittelt werden können.	Seite 536
0550	Die Meldebehörde übermittelt mit dieser Nachricht Informationen über Namensänderungen nach " <i>§ 5a 2. BMeldDÜV Datenübermittlungen an das Bundeszentralregister</i> ". Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Namensänderungen übermittelt werden können.	Seite 531
0555	Die Meldebehörde übermittelt mit dieser Nachricht alle im Rahmen der Wehrüberwachung erforderlichen Informationen nach " <i>§ 2 2. BMeldDÜV Datenübermittlungen an die Kreiswehersatzämter</i> ". <ul style="list-style-type: none"> • Wegzugsmitteilung • Zuzugsmitteilung • Änderungsmitteilung Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Wehrüberwachungsmitteilungen übermittelt werden können. Allerdings muss eine Datenübermittlung mindestens eine Wegzugs-, Zuzugs- oder Änderungsmitteilung enthalten.	Seite 510
Nachrichten der Hauptgruppe melderegisterauskunftseinfach		
0600	Diese Nachricht enthält eine Liste von Auskunftersuchen nach § 21 MRRG und wird von einem privaten Kunden (Endkunde oder Broker) direkt an eine Meldebehörde geschickt. Auf diese Nachricht wird mit einer Liste von Suchergebnissen reagiert (0601). Erweiterte Melderegisterauskünfte werden durch diesen Dienst nicht unterstützt.	Seite 425

0601	<p>Diese Nachricht repräsentiert das Ergebnisdokument für eine einfache Melderegisterauskunft nach § 21 MRRG. Sie wird von einer Meldebehörde an den anfragenden privaten Kunden geschickt.</p> <p>Übermittelt werden die gesetzlich zulässigen Daten über den Betroffenen.</p> <p>Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.</p> <p>Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.</p> <p>Das Verhalten bei Vorliegen einer Auskunftssperre ist einheitlich geregelt, siehe Abschnitt 8.7.3.1 auf Seite 434.</p>	Seite 426
0602	<p>Diese Nachricht enthält eine Liste von (einem oder mehreren) Auskunftersuchen nach § 21 MRRG und wird vom Kunden an einen Dienstleister geschickt.</p> <p>Sie richtet sich aber nicht an eine Meldebehörde sondern an einen Leistungserbringer (Broker), der bei Bedarf eine gemeindeübergreifende Suche und eine Adresskettenverfolgung durchführt. Ausgangspunkt der Suche je Einzelfall ist dabei immer eine bestimmte Meldebehörde. Im jeweiligen Suchprofil muss eine bekannte Anschrift des Betroffenen so angegeben werden, dass der Leistungserbringer daraus die Gemeinde zweifelsfrei identifizieren kann, in deren Melderegister die Suche beginnen soll. Darüber hinaus müssen die Angaben zum Betroffenen den Anforderungen des § 21 Abs. 1a MRRG genügen und geeignet sein, den Betroffenen im Melderegister der ermittelten Gemeinde zweifelsfrei zu identifizieren. Dabei erlaubt das Suchprofil eine Parametrisierung der Suche nach folgenden Kriterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausschluss der Adresskettensuche • Kostenobergrenze <p>Zu dieser Nachricht wird vom Leistungserbringer zunächst eine Auftragsbestätigung mit der Auftragsnummer geschickt (0603).</p> <p>Der Leistungserbringer übermittelt anschließend die Suchergebnisse mit einer oder mehreren Ergebnismeldungen (0604). In den Ergebnismeldungen sind die zugehörigen Kosteninformationen enthalten. Die Rechnungsstellung ist hingegen nicht im Rahmen von OSCI-XMeld spezifiziert.</p>	Seite 429
0603	<p>Diese Nachricht ist die Auftragsbestätigung zu einer eingegangenen Nachricht 0602 und wird vom Dienstleister an den Kunden geschickt. Sie enthält eine Auftragsnummer, die vom Leistungserbringer vergeben worden ist. Über diese Auftragsnummer ist in allen weiteren Nachrichten des Leistungserbringers der eindeutige Bezug zur ursprünglichen Anfrage möglich.</p> <p>Falls von der anfragenden Stelle in der Anfragenachricht 0602 das Feld zeichennachricht mitgeliefert wurde, wird es mit dieser Nachricht zurückgesendet (Bearbeitung asynchroner Anfragen werden für die anfragende Stelle erleichtert).</p>	Seite 430
0604	<p>Diese Nachricht liefert Ergebnisse zu einer Bestellung (siehe Nachricht 0602) und wird vom Dienstleister an den Kunden geschickt. Es kann sich um eine Teillieferung handeln, so dass pro Bestellung eine oder mehrere Nachrichten dieses Typs geliefert werden können. (Beispiel: Ein Endkunde beauftragt einen Leistungserbringer mit der Suche nach 100 Personen. Mit der ersten Antwortnachricht erhält er Auskünfte für 35 der gesuchten Personen, in einer zweiten Nachricht Auskünfte bezüglich 60 weiterer Personen und schließlich in einer dritten und letzten Nachricht Auskünfte für die verbliebenen fünf Personen.) Der Zusammenhang der Teillieferungen wird über die Auftragsnummer hergestellt. Anhand der Ausprägung des Elementes type.melderegisterauskunfteinfach.bearbeitungsstand ist erkennbar, wie weit die Bearbeitung der Bestellung schon fortgeschritten ist.</p>	Seite 431
Nachrichten der Hauptgruppe standesamt		

0700	<p>Mit dieser Nachricht teilt das Standesamt der Meldebehörde die Geburt von einem oder mehreren Kindern mit.</p> <p>Für jedes Kind wird - insbesondere auch bei Mehrlingsgeburten - genau eine geburtsanzeige angelegt.</p> <p>Die Informationen über Mutter - und optional den Vater, soweit bekannt - werden als Suchkriterien im EWO verwendet (Name, Geburt, Anschrift). Bei Abweichungen/ Nicht-Vorhandensein muss das EWO über die Verwendung der Daten entscheiden. Beim Kind müssen folgende Daten nachgewiesen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Geburtsort und -datum inkl. Nachweis • Geschlecht • Name - Der Vorname <i>kann</i>, der Familienname <i>muss</i> übermittelt werden. 	Seite 491
0701	<p>Mit dieser Nachricht teilt das Standesamt der Meldebehörde den Tod einer oder mehrerer Personen mit.</p> <p>Je Person werden folgende Informationen übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikationsdaten der Person (Name, Geburtsdaten, Anschrift) - Diese Daten werden zur Identifikation der Person im EWO verwendet. Bei Abweichungen/ Nicht-Vorhandensein muss das EWO über die Verwendung der Daten entscheiden. • Sterbedaten der übermittelten Person - Der Tod der Person muss nachgewiesen werden. <p>Eine <i>„vorläufige Sterbefallmitteilung“</i> ist aus Sicht der Meldebehörde irrelevant, da ein Sterbefall vom EWO erst nach nachgewiesener Beurkundung verarbeitet wird. - Falls eine derartige Meldung (für andere Stellen) erforderlich sein sollte, so ist diese ausserhalb des XMeld-Kontextes zu behandeln.</p>	Seite 501
0702	<p>Mit dieser Nachricht teilt das Standesamt der Meldebehörde eine oder mehrere Eheschliessungen mit.</p> <p>Je Eheschliessung werden folgende Informationen übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikationsdaten der beiden Personen (Name, Geburtsdaten, Anschrift) - Diese Daten werden zur Identifikation der Personen im EWO verwendet. Es muss nur eine Person ihre Hauptwohnung in der empfangenden Gemeinde haben. Wenn die beiden Ehepartner in zwei verschiedenen Gemeinden mit ihrer Hauptwohnung gemeldet sind, sendet das Standesamt zwei Nachrichten dieses Datentyps. <p>Bei Abweichungen/Nicht-Vorhandensein entscheidet das EWO über die Verwendung der Daten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Geänderte Daten (Familienstand, Namen) aufgrund der Eheschliessung <p>Die Standesämter müssen den Geburtsnamen beider Personen im jeweiligen Personen-Element übermitteln. Man kann nicht immer davon ausgehen, dass der <i>„vorherige Name“</i> auch der Geburtsname ist. Das könnte bei Zweit- und Drittehen fatal sein</p>	Seite 489
0703	<p>Mit dieser Nachricht teilt die absendende Behörde der Meldebehörde die Begründung von einer oder mehreren Lebenspartnerschaften mit. Als absendende Behörde kann auch das Ordnungsamt auftreten, welches sich dann dieser Nachricht bedienen kann.</p> <p>Je begründeter Lebenspartnerschaft werden folgende Informationen übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikationsdaten der beiden Personen (Name, Geburtsdaten, Anschrift) - Diese Daten werden zur Identifikation der Person im EWO verwendet. Es muss nur eine Person ihre Hauptwohnung in der empfangenden Gemeinde haben. Wenn die beiden Lebenspartner in zwei verschiedenen Gemeinden mit ihrer Hauptwohnung gemeldet sind, sendet die beurkundende Behörde zwei Nachrichten dieses Datentyps. <p>Bei Abweichungen/Nicht-Vorhandensein entscheidet das EWO über die Verwendung der Daten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Geänderte Daten (Familienstand, Namen) aufgrund der Begründung der Lebenspartnerschaft 	Seite 496

0704	<p>Mit dieser Nachricht werden der Meldebehörde eine oder mehrere Ehescheidungen mitgeteilt.</p> <p>Ehescheidungen werden beim Amtsgericht ausgesprochen. Die Mitteilungswege an die Meldebehörde sind unterschiedlich. In einigen Bundesländern erhalten die Standesämter eine Mitteilung vom Amtsgericht, wenn dort ein Familienbuch geführt wird. In diesem Kontext haben bisher die Standesämter die Meldebehörden über die Ehescheidungen informiert. In anderen Bundesländern ist es Aufgabe des Bürgers, die Meldebehörde zu informieren.</p> <p>Hinweis XJustiz: Sinnvoll ist eine Mitteilung vom Amtsgericht an die beteiligten Behörden (Standesamt, Meldebehörde).</p> <p>Je Ehescheidung werden folgende Informationen übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikationsdaten der Ehepartner (Name, Geburtsdaten, Anschrift) - Diese Daten werden zur Identifikation der Personen im EWO verwendet. Es muss nur eine Person in der Gemeinde wohnen. Bei Abweichungen/Nicht-Vorhandensein entscheidet das EWO über die Verwendung der Daten. • Geänderte Daten (Familienstand) aufgrund der Ehescheidung <p>Eine im Zuge der Ehescheidung stattfindende Namensänderung ist nicht Bestandteil dieser Nachricht. Hierfür wird auf die Nachricht 0707 verwiesen.</p>	Seite 487
0705	<p>Mit dieser Nachricht werden der Meldebehörde eine oder mehrere Lebenspartnerschaftsaufhebungen mitgeteilt.</p> <p>Lebenspartnerschaften werden beim Amtsgericht aufgehoben. Die Mitteilungswege an die Meldebehörde sind unterschiedlich. In einigen Bundesländern erhalten die Standesämter eine Mitteilung vom Amtsgericht, wenn dort ein Partnerschaftsregister geführt wird. In diesem Kontext haben bisher die Standesämter die Meldebehörden über Aufhebungen von Lebenspartnerschaften informiert. In anderen Bundesländern ist es Aufgabe des Bürgers, die Meldebehörde zu informieren.</p> <p>Hinweis XJustiz: Sinnvoll ist eine Mitteilung vom Amtsgericht an die beteiligten Behörden (Standesamt, Meldebehörde).</p> <p>Je Aufhebung einer Lebenspartnerschaft werden folgende Informationen übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikationsdaten der Lebenspartner (Name, Geburtsdaten, Anschrift) - Diese Daten werden zur Identifikation der Personen im EWO verwendet. Es muss nur eine Person in der Gemeinde wohnen. Bei Abweichungen/Nicht-Vorhandensein entscheidet das EWO über die Verwendung der Daten. • Geänderte Daten (Familienstand) aufgrund der Aufhebung der Lebenspartnerschaft <p>Eine im Zuge der Aufhebung einer Lebenspartnerschaft stattfindende Namensänderung ist nicht Bestandteil dieser Nachricht. Hierfür wird auf die Nachricht 0707 verwiesen.</p>	Seite 495
0706	<p>Mit dieser Nachricht werden der Meldebehörde eine oder mehrere Kirchenaustritte mitgeteilt.</p> <p>Der Austritt kann bei der Kirche, dem Amtsgericht oder auf dem Standesamt (bundeslandspezifisch) erfolgen. Die Mitteilungswege an die Meldebehörden sind unterschiedlich (Amtsgericht, Bürger, Kirche oder Standesamt).</p> <p>Je Person werden folgende Informationen übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikationsdaten der Person (Name, Geburtsdaten, Anschrift) - Diese Daten werden zur Identifikation der Person im EWO verwendet. Bei Abweichungen/Nicht-Vorhandensein muss das EWO über die Verwendung der Daten entscheiden. • Informationen zur Religion der Person vor dem Kirchenaustritt. 	Seite 494

0707	<p>Das Standesamt teilt zu einer oder mehreren Personen eine oder mehrere Namensänderungen bzw. -erteilungen mit. Namensänderungen werden nach deutschem bzw. internationalem Namensrecht übermittelt und sind in der Regel im Augenblick der <i>“Entgegennahme”</i> wirksam. Je Person werden folgende Informationen übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikationsdaten der Person (Name, Geburtsdaten, Anschrift) - Diese Daten werden zur Identifikation der Person im EWO verwendet. Bei Abweichungen/ Nicht-Vorhandensein muss das EWO über die Verwendung der Daten entscheiden. • Geänderte Namensinformationen der Person. <p>Diese Mitteilung wird in folgenden Fällen erzeugt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nachträgliche Namensbestimmung bei Ehegatten • Hinzufügen/Widerrufen eines Ehe-Doppelnamens • Wiederannahme eines Namens (typische Fälle: Wiederannahme des Geburtsnamens nach einer Scheidung; Wiederannahme eines beliebigen früheren Namens) • Mitteilung eines Vornamens nach der Geburt <p>Um innerhalb einer Nachricht gleichzeitig verschiedene Namensbestandteile (Bsp: Vor- und Familienname) ändern zu können, wird für jeden geänderten Namensbestandteil genau eine Instanz des Kindelementes namensaenderung.daten übermittelt. Soll beispielsweise <i>“Klaus Johann Möller”</i> in <i>“Klaus Johann Heinz Kroetz”</i> umbenannt werden, sind ist das Kindelement namensaenderung.daten zwei Mal zu instantiieren:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Für die Änderung des Vornamens wird ein Name-Alt/Neu-Paar übermittelt, in welchem jeweils alle Vornamen vollständig übertragen werden: <ul style="list-style-type: none"> • <i>Alte Vornamen: “Klaus Johann”</i> • <i>Neue Vornamen: “Klaus Johann Heinz”</i> 2. Für die Änderung des Familiennamens wird ein Name-Alt/Neu-Paar übermittelt, in welchem jeweils nur genau der Nachname in der Rolle <i>“Familiennamenname”</i> enthalten ist: <ul style="list-style-type: none"> • <i>Alter Familienname: “Möller”</i> • <i>Neuer Familienname: “Kroetz”</i> 	Seite 498
0708	<p>Das Standesamt informiert die Meldebehörde über die Tatsache, dass die übermittelten Personen Optionsdeutsche sind. Je Person werden folgende Informationen übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikationsdaten der Person (Name, Geburtsdaten, Anschrift) - Diese Daten werden zur Identifikation der Person im EWO verwendet. Bei Abweichungen/ Nicht-Vorhandensein muss das EWO über die Verwendung der Daten entscheiden. • Information zur Eigenschaft <i>“Optionsdeutscher”</i>. 	Seite 500
0709	<p>Das Standesamt informiert die Meldebehörde über die Adoption eines Kindes durch eine oder zwei Personen. Für jede Person sowie das adoptierte Kind werden folgende Informationen übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Identifikationsdaten der Person (Name, Geburtsdaten, Anschrift) - Diese Daten werden zur Identifikation der Person im EWO verwendet. Bei Abweichungen/ Nicht-Vorhandensein muss das EWO über die Verwendung der Daten entscheiden. <p>Diese Daten sind für eine entsprechende Weiterverarbeitung im EWO ausreichend.</p>	Seite 486
Nachrichten der Hauptgruppe statistik		

0800	<p>Mit der Nachricht 0800 werden wanderungsstatistikrelevante Zugänge, Wegzüge, Korrekturen und Rücknahmen übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> Mit dem Container statistik.wanderungzugang werden dem Statistischen Landesamt sowohl Personenzugänge als auch Rücknahmen von Zugangsmeldungen in der Berichtsgemeinde mitgeteilt. <p>Unter einem Personenzugang ist zu verstehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Neuanmeldung einer Person mit dem Status <i>Alleinige Wohnung (AW)</i> oder <i>Hauptwohnung (HW)</i> aus einer anderen (inländischen) Gemeinde, aus dem Ausland oder <i>“von unbekannt”</i> Statuswechsel einer Nebenwohnung in Haupt- oder alleinige Wohnung <p>Die Anmeldung einer Nebenwohnung wird nicht übermittelt.</p> <p>Diese Nachricht kann ebenfalls Rücknahmen von Zugangsmeldungen enthalten. Unter der Rücknahme einer Zugangsmeldung ist zu verstehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Eine vollständige Personenzugangsmeldung ist irrtümlich übermittelt worden und muss zurückgenommen werden. Im Gegensatz dazu wird bei irrtümlichen Angaben einzelner Felder einer Zugangsmeldung diese durch eine Nachricht mit einem Eintrag im Container statistik.wanderung-korrekturzugang korrigiert. <ul style="list-style-type: none"> Mit dem Container statistik.wanderungskorrekturzugang werden dem Statistischen Landesamt die Korrekturen von Zugängen im Sinne der Wanderungsstatistik (Zuzüge und Statuswechsel) mitgeteilt. <ul style="list-style-type: none"> Mit dem Container statistik.wanderungwegzug werden dem Statistischen Landesamt Wegzüge von Personen aus alleiniger Wohnung in der Berichtsgemeinde mitgeteilt, sofern die Person ins Ausland oder <i>“nach unbekannt”</i> verzieht bzw. von der Berichtsgemeinde von Amts wegen <i>“nach unbekannt”</i> abgemeldet worden ist. <p>Die Abmeldung einer Nebenwohnung wird nicht übermittelt.</p> <p>Diese Nachricht kann ebenfalls Rücknahmen von Wegzugsmeldungen enthalten. Unter der Rücknahme einer Wegzugsmeldung ist zu verstehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Eine vollständige Personenwegzugsmeldung ist irrtümlich übermittelt worden und muss zurückgenommen werden. Im Gegensatz dazu wird bei irrtümlichen Angaben einzelner Felder einer Wegzugsmeldung diese durch eine Nachricht im Container statistik.wanderungskorrekturwegzug korrigiert. <ul style="list-style-type: none"> Mit dem Container statistik.wanderungskorrekturwegzug werden dem Statistischen Landesamt die Korrekturen von Wegzügen im Sinne der Wanderungsstatistik (Fortzüge ins Ausland und <i>“nach unbekannt”</i>) mitgeteilt. 	Seite 470
0801	<p>Mit der Nachricht 0801 werden Staatsangehörigkeitswechsel (inkl. Rücknahmen und Korrekturen) übermittelt. Übermittlungsrelevant sind nur Fälle, an denen eine deutsche Staatsangehörigkeit beteiligt ist.</p> <p>Die jeweiligen Satzarten legen fest, ob ein Wechsel der Staatsangehörigkeit von <i>nichtdeutsch</i> nach <i>deutsch</i> oder umgekehrt erfolgt ist. Der Wechsel zwischen zwei nichtdeutschen Staatsangehörigkeiten darf nicht übermittelt werden.</p> <p>Die Berichtsgemeinde kann nur die Gemeinde der alleinigen oder Hauptwohnung des Betroffenen sein.</p>	Seite 472
Nachrichten der Hauptgruppe administration		
0900	<p>Mit dieser Nachricht wird eine an eine Meldebehörde gerichtete Nachricht als fehlerhaft an die sendende Meldebehörde zurückgewiesen.</p> <p>Informationen zu der zurückweisenden Stelle sowie den Grund der Zurückweisung sind im Kindelement rts.container enthalten.</p>	Seite 547
0901	<p>Mit dieser Nachricht wird eine an eine Meldebehörde gerichtete Nachricht als fehlerhaft an die sendende Bundesbehörde zurückgewiesen.</p> <p>Informationen zu der zurückweisenden Stelle sowie den Grund der Zurückweisung sind im Kindelement rts.container enthalten.</p>	Seite 548

0902	Mit dieser Nachricht wird eine an eine Bundesbehörde gerichtete Nachricht als fehlerhaft an die sendende Meldebehörde zurückgewiesen. Informationen zu der zurückweisenden Stelle sowie den Grund der Zurückweisung sind im Kindelement rts.container enthalten.	Seite 549
0903	Mit dieser Nachricht wird eine an eine Meldebehörde gerichtete Nachricht als fehlerhaft an die sendende andere Behörde zurückgewiesen. Informationen zu der zurückweisenden Stelle sowie den Grund der Zurückweisung sind im Kindelement rts.container enthalten.	Seite 549
0904	Mit dieser Nachricht wird eine an eine andere Behörde gerichtete Nachricht als fehlerhaft an die sendende Meldebehörde zurückgewiesen. Informationen zu der zurückweisenden Stelle sowie den Grund der Zurückweisung sind im Kindelement rts.container enthalten.	Seite 550

1. Da die Meldebehörde keine Informationen darüber besitzt, wer kindergeldberechtigt ist, wird für jede Person, der ein minderjähriges Kind zugeordnet ist, ein Kindergeldabgleich durchgeführt.